



Pressemitteilung

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

März 2003

Konvergenzprozesse der EU-Beitrittskandidaten nicht ohne Gefahren*

Die Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen in Polen, Ungarn und der Slowakischen Republik an 75% des EU-15 Niveaus erfordert fast zwei (Polen: eher drei) Dekaden. Eine neue Studie des Osteuropa-Instituts München lotet die Bedingungen, Chancen und Risiken eines solchen Konvergenzprozesses aus.

Die Untersuchung basiert auf einer gemäßigt optimistischen Annahme über das zukünftige BIP-Wachstum. Das zugrunde gelegte Basisszenario folgt für 2001 – 2005 den in den Pre-Accession Economic Programmes (PEP) dieser Länder vorgezeichneten Entwicklungslinien, für die zweite Hälfte des Jahrzehnts wird für alle drei Länder ein BIP-Wachstum von 5% unterstellt. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie die Wachstumsstrategie dieser Länder, wobei sowohl die Implikationen für die Angebotsfaktoren des Wachstumsprozesses (Arbeit, Kapital, technischer Fortschritt) als auch für die Entwicklung der Nachfragekomponenten herausgearbeitet werden.

Investitionsorientierte Wachstumsstrategie

Die dem angestrebten Konvergenzprozess zugrunde liegende Wachstumsstrategie basiert auf hohen, deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden Investitionsquoten von rund 30%, die insbesondere durch ausländische Direktinvestitionen (ADI) ermöglicht werden sollen. Das Wachstum des Konsums bleibt dagegen hinter dem Produktionswachstum zurück. Ein durchschnittliches Produktionswachstum von 4,5–5% würde einen durchaus realistischen Beitrag des technischen Fortschritts von 2% jährlich erfordern, wenn der Kapitalstock weiterhin schnell wächst und institutionelle Reformen auf den Arbeitsmärkten dieser Länder eine moderate Zunahme der Beschäftigung von 0,7–1% erlauben.

Die Studie hält unter der projektierten Entwicklung von Außenhandel, Investitionen und Konsum Leistungsbilanzdefizite von 3–4% des BIP möglich, ohne dass die Verschuldung steigt. Unter Einbeziehung unterschiedlicher EU-Transfers in Höhe von 1–2% des BIP in 2004/2005 sind in diesem Zeitraum Leistungsbilanzdefizite von 5–6% jährlich ohne größere Finanzierungsprobleme möglich. Soweit die EU-Mittel effektiv für Investitionen eingesetzt werden, sollte dies die investitions-orientierte Wachstumsstrategie stützen.

Risiken für einen schnellen Aufholprozess

Die Studie unterscheidet verschiedene Risiken, die einen langsamer als erwarteten Aufholprozess Realität lassen werden können. Erreicht der Welthandel im kommenden Jahrzehnt nicht wieder die frühere Dynamik so ist die angestrebte Strategie des export- und ADI-basierten Wachstums in Osteuropa gefährdet. Die Spielräume für eine Umverteilung zugunsten des Konsums bzw. der Lohneinkommen sind gering, so dass eine Gefährdung der Wachstumsstrategie durch Verteilungskonflikte nicht auszuschließen ist.

Darüber hinaus liegen die realen Investitionsquoten in internationalen Preisen in den drei Ländern mit 15 – 18% deutlich unter denen der EU-15 und weit unter den Investitionsquoten

zu nationalen Preisen, da die relativen Investitionsgüterpreise in diesen Ländern deutlich höher sind als die internationalen Preise. Auf Grund der unterschiedlichen relativen Preise in den Beitrittsländern könnten daher die „Investitionsanstrengungen“ in Form von Konsumverzicht (Ersparnis) u.U. nicht ausreichen, den erforderlichen Aufbau des realen Kapitalstocks zu ermöglichen.

Weitere Risiken liegen laut der Studie des Osteuropa-Instituts darin, dass bei verstärktem Wettbewerb und sinkenden Preisen die Gewinnmargen in den osteuropäischen Ländern weiter unter Druck geraten könnten. Agglomerationsvorteile und Vorteile der Massenproduktion könnten nicht nur zu stärkerem Preisdruck, sondern auch zur Divergenz der Wachstumsprozesse zwischen den Ländern führen. Dieses gilt besonders für die Konkurrenz um ausländische Direktinvestitionen, die nicht in allen Ländern im gewünschten Ausmaß zur Verfügung stehen könnten.

Nicht zuletzt könnten die bestehenden Defizite vieler osteuropäischer Länder bei der Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen, die weiterhin bedeutende Korruption und der Zwang zur sozialen Abfederung (Subventionierung) noch ausstehender Restrukturierungsprozesse, zu einer unterschiedlichen Handhabung der Binnenmarktregeln führen. Dieses birgt auch Gefahren für eine Aufweichung der Binnenmarktregeln im gesamten europäischen Raum.

* Die Studie ist erschienen unter: Volkhart Vincentz, Michael Knogler, *Szenarien der mittelfristigen Konvergenz der EU-Beitrittsländer Polen, Slowakische Republik und Ungarn*, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers), Nr. 244, März 2003. Die Studie kann kostenlos angefordert werden und ist im Internet unter www.lrz-muenchen.de/~oeim verfügbar.

Kontakt: Volkhart Vincentz, Ph.D., Tel.: 089-99 83 94 46, E-Mail: vincentz@lrz.uni-muenchen.de
Dr. Michael Knogler, Tel. 089-99 83 94 48, E-Mail: knogler@lrz.uni-muenchen.de